

2025



Positionspapier zu Arbeit, Standort, Industrie und Wirtschaft

SPÖ LANDTAGSKLUB STEIERMARK

VORWORT

Österreich und die Steiermark verdanken ihren Wohlstand den vielen engagierten und leistungsbereiten Menschen, die tagtäglich mit Fleiß und Einsatz zum wirtschaftlichen Erfolg des Landes beitragen. Sie sind das Fundament unserer Gesellschaft – von Fachkräften in der Industrie über Beschäftigte im Mittelstand bis hin zu innovativen Unternehmerinnen und Unternehmern. Ihre harte Arbeit verdient Anerkennung, Wertschätzung und vor allem faire Löhne und Gehälter, die ein selbstbestimmtes Leben ohne finanzielle Sorgen ermöglichen. Es darf nicht sein, dass Menschen trotz voller Erwerbstätigkeit auf staatliche Unterstützungsleistungen angewiesen sind. Eine gerechte und zukunftsfähige Gesellschaft beginnt mit einer starken Industrie und Wirtschaft, die den Menschen in den Mittelpunkt stellt.

Besonders in der Steiermark sind eine stabile und wettbewerbsfähige Industrie und Wirtschaft essenziell für den sozialen und wirtschaftlichen Zusammenhalt. Gesunde Unternehmen in allen Größenordnungen – von innovativen Start-ups bis hin zu international erfolgreichen Leitbetrieben – schaffen Arbeitsplätze und bilden das Rückgrat der regionalen Wirtschaft. Insbesondere die steirischen Leit- und Industriebetriebe in der Obersteiermark sowie in und um Graz haben sich in den letzten Jahren in einem zunehmend herausfordernden Umfeld behauptet und weiterentwickelt. Doch sie stehen vor großen Herausforderungen: der globale Wettbewerb, der Fachkräftemangel, steigende Energiekosten und die Notwendigkeit nachhaltiger Transformation stellen sie auf eine harte Probe.

Um die Wettbewerbsfähigkeit der Steiermark langfristig zu sichern, braucht es gezielte standortpolitische Maßnahmen, die Innovationen fördern, Investitionen anreizen und faire Arbeitsbedingungen garantieren sowie Arbeitsplätze sichern.

Die steirische Sozialdemokratie setzt sich mit diesem Positionspapier für einen pragmatischen und realitätsnahen Zugang ein. Es bietet eine fundierte Diskussionsgrundlage, die konkrete Lösungsansätze vorschlägt, um die Lebensrealität der Steirerinnen und Steirer nachhaltig zu verbessern. Dort, wo es notwendig ist, müssen Systeme überdacht und modernisiert werden – mit dem Ziel, eine wirtschaftlich starke, soziale und zukunftsorientierte Steiermark zu schaffen.

Der Aufstieg durch Arbeit und Leistung muss wieder möglich sein.

ARBEIT UND QUALIFIZIERUNG

Arbeit ist das Fundament eines selbstbestimmten Lebens. Sie ermöglicht nicht nur den Lebensunterhalt, sondern auch soziale Teilhabe, persönliche Weiterentwicklung und gesellschaftliche Anerkennung. Eine starke Steiermark kann es nur geben, wenn die Menschen, die tagtäglich ihren Beitrag leisten, sichere und gut bezahlte Arbeitsplätze vorfinden. Doch die Realität sieht oft anders aus: Unsichere Beschäftigungsverhältnisse, niedrige Löhne und fehlende Weiterbildungsmöglichkeiten setzen viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer unter Druck. Gleichzeitig kämpfen steirische Unternehmen – von kleinen Handwerksbetrieben bis hin zu großen Industriebetrieben – mit einem demografisch bedingten wachsenden Fachkräftemangel, der ihr Wachstum und ihre Wettbewerbsfähigkeit gefährdet.

In der Steiermark arbeitet jede zweite Frau in Teilzeit – bei Müttern mit Kindern unter 15 Jahren sind es sogar rund drei Viertel. Ein wesentlicher Grund dafür ist die unbezahlte Sorgearbeit: Kinderbetreuung, Haushalt und die Pflege von Angehörigen leisten nach wie vor überwiegend Frauen. Nicht nur traditionelle Rollenbilder spielen eine Rolle – auch die Rahmenbedingungen erschweren eine höhere Erwerbstätigkeit. So haben lediglich rund ein Drittel der Kinderbetreuungseinrichtungen Öffnungszeiten, die eine Vollzeitbeschäftigung überhaupt ermöglichen würden. Fehlende Betreuungsangebote und unzureichende Infrastruktur machen es vielen Frauen unmöglich, ihr Arbeitsausmaß nach ihren eigenen Bedürfnissen zu gestalten, dazu gehört aber auch das Angebot eines leichteren Umstiegs zwischen Teilzeit und Vollzeit. In diesem Zusammenhang ist Lohntransparenz unerlässlich. Eine verbindliche und umfassende Transparenz ist entscheidend, um faire Vergleiche zu ermöglichen und bestehende Ungerechtigkeiten zu beseitigen.

Es braucht eine entschlossene, sozial gerechte Arbeitsmarktpolitik, die allen Menschen Chancen eröffnet und Unternehmen dabei unterstützt, die besten Fachkräfte auszubilden und langfristig zu halten. Qualifizierung und Weiterbildung müssen als Schlüssel zur Zukunft begriffen werden – nicht nur für Einzelne, sondern für die gesamte steirische Wirtschaft. Denn die Digitalisierung, die Energiewende und der demografische Wandel stellen den Arbeitsmarkt vor enorme Umbrüche. Wer heute in Bildung, Weiterbildung und Fachkräfteförderung investiert, sichert morgen Wohlstand und soziale Stabilität.

Eine gerechte Arbeitswelt entsteht nicht von selbst – sie muss politisch gestaltet werden. Die SPÖ Steiermark kämpft für eine Zukunft, in der Arbeit Sicherheit bietet, fair entlohnt wird und jede und jeder die Chance auf beruflichen Erfolg hat. In der Steiermark gibt es mit dem Schulungszentrum Fohnsdorf, den Bildungszentren des BFI und den Stiftungsmodellen Best-Practice-Beispiele dafür, wie durch gezielte Qualifizierung nachhaltige Ergebnisse erzielt werden können. Daher sollten diese Konzepte landesweit ausgebaut und finanziell abgesichert werden. Denn nur mit starken Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern bleibt die Steiermark wirtschaftlich und sozial erfolgreich.

Maßnahmen:

- Ausbau von Qualifizierungsprogrammen, die auf die Nachfrage in zukunftsträchtigen Branchen abzielen.
- Fachkräfteoffensive gemeinsam mit Sozialpartnern und dem Arbeitsmarktservice.
- Steirisches Erfolgsmodell der Stiftungen ausbauen.
- Fachkräfte-Intensivausbildung in Kooperationen mit Betrieben und Institutionen.
- Entwicklung eines Programms zum beruflichen Wiedereinstieg von Menschen, die länger arbeitslos waren, gesundheitliche oder qualifikatorische Probleme haben
- Maßnahmen zur Hebung des faktischen Pensionsalters.
- Betriebliche Maßnahmen um ein längeres gesundes Arbeitsleben zu ermöglichen.
- Attraktivierung der Lehre und Lehrberufe.
- Absicherung der Produktionsschulen.
- Etablierung von landeseigenen Lehrwerkstätten um Fachkräftebedarf abzudecken.
- Ausbau von elementaren Bildungseinrichtungen zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie (siehe Kapitel Bildung).
- Leichterem Umstieg von Teilzeit auf Vollzeit.
- Volle Lohntransparenz um Ungerechtigkeiten zu beseitigen.
- Zuverdienstmöglichkeiten neben der Regelpension steuerfrei machen.
- Bekämpfung von Lohn- und Sozialdumping durch die Weiterentwicklung der EU-Entsenderichtlinie zur besseren Durchsetzung fairer Arbeitsbedingungen.
- Europaweite Angleichung von Sozial-, Steuer- und Lohnstandards.
- Keine Zuwanderung aus rein wirtschaftlichen Gründen aus nicht EU-Staaten ohne Perspektive auf einen Arbeitsplatz bzw. eine Qualifikation zur Schlüsselarbeitskraft in Verbindung mit der Rot-Weiß-Rot-Karte.

INDUSTRIE

Die Industrie in der Steiermark bietet nicht nur eine große Anzahl gut bezahlter Arbeitsplätze, sondern ist auch von zentraler Bedeutung für andere Unternehmen, sowohl in der Region als auch darüber hinaus. Große Industriebetriebe wie AVL, Magna und Voestalpine nehmen nicht nur eine Schlüsselrolle in der Wirtschaft ein, sondern sind auch wesentliche Akteure in den Zuliefer- und Wertschöpfungsketten. Durch ihre Innovationskraft und technologischen Fortschritte fördern sie nicht nur das Wachstum ihrer eigenen Branchen, sondern tragen auch zur Schaffung zahlreicher Arbeitsplätze in kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) bei, die als Zulieferer und Dienstleister agieren.

Allerdings stehen sie vor erheblichen Herausforderungen, etwa durch steigende Energiekosten, Fachkräftemangel, der notwendigen Transformation im Zuge der Energiewende, volatile Rohstoffmärkte, den globalen Wettbewerbsdruck sowie handelspolitische Barrieren wie Zölle der USA. Trotz dieser Herausforderungen bleibt ihre Rolle für die Zukunft der Steiermark entscheidend, da sie maßgeblich zur Erhaltung und Schaffung von Arbeitsplätzen und zur Sicherung des Standorts der regionalen Wirtschaft beitragen.

Um diese Herausforderungen zu meistern und Arbeitsplätze zu sichern, ist es von entscheidender Bedeutung, konkrete Maßnahmen zu ergreifen, um die steirischen Unternehmen langfristig zu unterstützen. Dazu gehören gezielte Investitionen in zukunftsorientierte Bereiche, die nicht nur die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen stärken, sondern auch zur Stabilisierung und Sicherung von Arbeitsplätzen beitragen.

Maßnahmen:

- Bereitstellung einer sicheren, kostengünstigen und nachhaltigen Energieversorgung für die Industrie.
- Ausbau erneuerbarer Energieerzeugungsanlagen, insbesondere Photovoltaik, Wind- und Wasserkraft sowie Investitionen in ein nachhaltiges Wasserstoffnetz.
- Schaffung landesplanerischer Voraussetzungen für die nachhaltige Entwicklung von Industrie- und Energiestandorten sowie der Energienetze.
- Forcierung des Breitbandausbaus.
- Forschungs- und Entwicklungsprojekte fördern, die den Einsatz von Künstlicher Intelligenz, Automatisierung und digitalen Assistenzsysteme vorantreiben, um Arbeitsprozesse zu entlasten.
- Abbau von Bürokratie und Vereinfachung der Verwaltungsprozesse, insbesondere Verkürzung der Verfahrensdauern und die Vereinfachung von Genehmigungsverfahren.
- Umsetzung von wesentlichen Straßenprojekten wie die dritte Spur A9, Finalisierung des Lückenschluss auf der S36, Ausbau der A2-Anschlussstellen bei Buch/St. Magdalena und Hart bei Graz, Vollanschlussgestaltung des Knotens Liezen auf der A9, sowie Ausbau des Landesstraßennetzes, insbesondere B68 und B70.
- Prioritärer Ausbau der Pyhrn-Schober-Achse zur Kapazitätssteigerungen im Güterverkehr.
- Umsetzung wichtiger Bahnprojekte wie der 4-gleisige Ausbau Graz – Bruck an der Mur, die Einrichtung einer Haltestelle der Koralmbahn am Flughafen Graz, Schleife Selzthal sowie weitere Maßnahmen zur Verlagerung des Güterverkehrs auf die Schiene sowie Bau eines weiteren Terminals in Werndorf.
- Sicherung und Entwicklung von strategisch wichtigen Flächen für Industrie, Gewerbe, Logistik und Dienstleistungen, insbesondere im Grazer und obersteirischen Zentralraum sowie entlang des Zukunftsraumes der Koralmachse.
- Standortentwicklung und -management, um die Steiermark als zukunftsfähigen und attraktiven Wirtschaftsstandort zu positionieren.
- Ausbau von Landesbeteiligungen, um steirische Unternehmen, die vorübergehend in Schwierigkeiten geraten sind, bei der Standortsicherung zu unterstützen und dadurch Arbeitsplätze zu erhalten sowie im besten Fall neue zu schaffen.
- Stärkung der Europäischen Industrieallianzen.

KLEIN UND MITTLERE UNTERNEHMEN / EIN-PERSONEN-UNTERNEHMEN

Kleine und mittlere Unternehmen (KMU) sowie Ein-Personen-Unternehmen (EPU) beschäftigen in Summe mehr Personen als heimische Großunternehmen und benötigen angesichts der aktuellen Rezession gezielte Unterstützung. Bürokratische Hürden müssen abgebaut, Genehmigungsverfahren beschleunigt und Verwaltungsprozesse vereinfacht werden. Daneben braucht es eine Planbarkeit und Absicherung gezielter Fördermaßnahmen des Landes, die der heimischen Wertschöpfung zu Gute kommen. Lokale Auftraggeber wie Gemeinden spielen eine wichtige Rolle für Wachstum und Stabilität, indem sie Investitionen und wirtschaftliche Impulse setzen.

EPU stellen 64% der Unternehmen in der Steiermark dar. Sind daher von zentraler Bedeutung für die steirische Wirtschaft. Um ihre langfristige Stabilität zu sichern, muss ihre soziale Absicherung, insbesondere im Falle von Krankheit, Arbeitsunfähigkeit oder unvorhergesehenen Ereignissen, verbessert werden. Es gilt, sicherzustellen, dass diese Unternehmen vor existenziellen Risiken geschützt sind.

Zur Sicherung der Wettbewerbs- und Zukunftsfähigkeit regionaler Unternehmen müssen gezielte Maßnahmen ergriffen werden, die besonders KMU und EPU unterstützen. So können diese auch zukünftig als tragende Säulen der steirischen Wirtschaft fungieren und einen wichtigen Beitrag zur Stärkung der gesamten Region leisten.

Maßnahmen:

- Verbesserung der sozialen Absicherung für EPU, insbesondere beim Krankheitsausfall.
- Reduktion der Wartezeiten für Krankengeldansprüche (bisher sechs Wochen/43 Tage).
- Abschaffung des 20%-igen Selbstbehaltes bei ärztlichen Behandlungen.
- Ausreichende Absicherung für den Fall des Scheiterns.
- Erhöhung des Wochengelds und Kinderbetreuungsfelds, da die aktuellen Beiträge nicht ausreichen, um ein reguläres Einkommen auszugleichen, insbesondere für Alleinerziehende.
- Abschaffung oder Anpassung der Zuverdienstgrenze beim Kinderbetreuungsgeld, da selbst kleine Überschreitungen zu Rückzahlungen führen und mehr Flexibilität sowie Klarheit nötig sind.
- Direkter Zugang zu Wochengeld ohne zusätzliche Bedingungen, wie das Ruhendstellen des Gewerbes oder das Einstellen einer Betriebshilfe.
- Automatisches Aussetzen von Sozialversicherungsbeiträgen im Mutterschutz, in der Karenzzeit und bei langanhaltender (schwerer) Krankheit.
- Kommunale Investitionsprogramme, welches die Zusammenarbeit zwischen Gemeinden und der regionalen Wirtschaft fördert und notwendige Investitionen der Kommunen in die Infrastruktur sicherstellt.

- Weiterführung der Förderungsmaßnahme „Starke!Zentren“ der SFG zur wirtschaftlichen Belebung der Ortskerne sowie zur Stärkung der regionalen Wirtschaft.
- Unternehmen unabhängig von ihrer Innovationskraft, bei der Digitalisierung zu unterstützen.
- Absicherung und Planbarkeit von Landesförderungen, die eine regionale Wertschöpfung steigern.

BILDUNG

Der Bildungsweg startet bereits in unseren elementarpädagogischen Einrichtungen, die damit das Fundament für den späteren Erfolg im Bildungs- und Berufsweg eines Kindes darstellen. Die Erkenntnisse der empirischen Bildungsforschung und -ökonomie belegen eindrucksvoll, dass die ersten Bildungsjahre entscheidend für den weiteren Werdegang sind. Erfolgreiche Modelle in der Elementarstufe erzielen nicht nur positive Auswirkungen auf die individuelle Entwicklung, sondern auch volkswirtschaftlich erhebliche Effekte. Neben der positiven Entwicklung des Kindes erleichtern Kinderbildungseinrichtungen die Vereinbarkeit von Beruf und Familie und ermöglichen insbesondere Frauen einen erfolgreichen Wiedereinstieg in das Berufsleben. Daher ist es von großer Bedeutung, dass in jeder Gemeinde ein flächendeckendes, ganztätiges und ganzjähriges Angebot zur Verfügung steht. Ein zweites verpflichtendes Kindergartenjahr fördert zudem die Chancengleichheit und bildet einen soliden Start in jungen Jahren. Neben der Unterstützung unserer Städte und Gemeinden beim Ausbau von elementaren Bildungseinrichtungen, um ausreichend qualitätsvolle Plätze zu schaffen, gilt es auch neue Wege zu gehen und gemeinsam mit der Wirtschaft betriebliche Kindergärten zu forcieren.

In der Schule setzt sich der Bildungsweg fort. Kleinere Klassen, moderne Schulgebäude, ausreichende Unterstützungs- und Assistenzsysteme sowie ein gut ausgebautes Nachmittagsbetreuungsangebot verbessern die Chancen für Kinder und unterstützen die Vereinbarkeit von Beruf und Familie weiter. Schülerinnen und Schülern, die mit unzureichender Schulerfahrung und Sprachkenntnissen quer einsteigen, sollen zielgerichtet vorbereitet werden, erste Sprachkenntnisse erwerben und Wertevermittlung erhalten. Durch Orientierungsklassen soll mehr Flexibilität ermöglicht werden als das im regulären schulrechtlichen Rahmen der Fall ist.

Die Lehre und Berufsausbildung ist eine wichtige Säule der steirischen Bildungslandschaft. Sie bereiten junge Menschen nicht nur auf ihre zukünftigen Berufe vor, sondern auch auf die Herausforderungen eines sich stetig wandelnden Arbeitsmarktes. Daher ist eine fundierte und qualitativ hochwertige Lehrausbildung das Fundament für die Fachkräfte von morgen – und damit für die wirtschaftliche Stabilität und Weiterentwicklung der Steiermark. Umso wichtiger ist es, die duale Ausbildung weiter zu stärken, attraktive Rahmenbedingungen zu schaffen und die Lehrberufe an die Anforderungen der modernen Arbeitswelt anzupassen. Denn eine zukunftsorientierte Berufsausbildung sichert nicht nur individuelle Chancen, sondern stärkt auch die Innovationskraft und Wettbewerbsfähigkeit unserer gesamten Steiermark.

Der Hochschulstandort Steiermark bildet mit seinen fünf Universitäten, zwei Fachhochschulen, zwei Pädagogischen Hochschulen sowie zahlreichen universitätsnahen Forschungsinstituten das Fundament für Forschung und Entwicklung der Steiermark. Die wirtschaftliche Wertschöpfung der steirischen Hochschulen beläuft sich auf über 1,5 Milliarden Euro jährlich. Mehr als 60.000 Studierende und 9.000 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler tragen dazu bei, dass jährlich über 200 Millionen Euro in Forschung und Entwicklung investiert werden.

Diese Standorte müssen weiter ausgebaut und finanziell abgesichert werden. Ein wesentlicher Bestandteil dieser Sicherung ist der freie und kostenfreie Zugang zu steirischen Fachhochschulen und Universitäten. Die Steiermark weist die höchste Forschungs- und Entwicklungsquote in Österreich auf – eine Spitzenposition, die nicht nur gehalten, sondern weiter ausgebaut werden muss, um den Vorsprung gegenüber anderen Bundesländern zu vergrößern.

Die enge Verknüpfung von Industrie, Forschung und Entwicklung sowie einem starken Hochschulstandort ist entscheidend, um die Wettbewerbsfähigkeit der Steiermark als Wirtschaftsstandort nachhaltig zu sichern und weiter auszubauen.

Maßnahmen:

- Ausbau qualitätvoller Kinderbildungs- und -betreuungsplätze nach VIF-Kriterien zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie.
- Forcierung der betrieblichen Kinderbildungs- und -betreuungseinrichtungen gemeinsam mit der Wirtschaft.
- Ein zweites verpflichtendes Kindergartenjahr und eine verpflichtende Sprachstandfeststellung für alle Kinder ab 3 Jahren.
- Ausbau von Deutschfördermaßnahmen vor dem Schuleintritt.
- Attraktivierung der elementarpädagogischen Berufe und Schaffung von Möglichkeiten zum Quereinstieg.
- Stärkung der Bildungspartnerschaft in Kinderbildungseinrichtungen und in Schulen.
- Ausbau der Unterstützungs- und Assistenzsysteme in Kinderbildungseinrichtungen und Schulen.
- Einführung von Orientierungsklassen für quereinsteigende Schülerinnen und Schüler mit mangelnder Schulerfahrung.
- Verankerung einer Werte- und Demokratiebildung in Schulen.
- Ausbau von Ganztagsangeboten und Nachmittagsbetreuungen an Schulen.
- Ausbau eines barrierefreien und inklusiven Bildungsangebotes.
- Verpflichtende Berufsorientierung in allen Schultypen
- Stärkung der dualen Ausbildung und Modernisierung der Lehrausbildung.
- Schaffung von attraktiven Rahmenbedingungen für die Fachkräfte von morgen.
- Stärkung finanzielle Unterstützung für Studierende.
- Absicherung des Hochschulstandort Steiermark.
- Kostenlosen FH-Hochschulzugang beibehalten.
- F&E Quote weiter erhöhen.